



blickpunkt

Nr. 252
Dezember 1991

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI MÖRFELDEN-WALLDORF

Mörfelden-Walldorf auf dem Weg zur fahrradfreundlichen Stadt?

Die DKP möchte, daß unsere Stadt fahrradfreundlich wird. Erste Schritte auf dem Weg dorthin konnten jetzt im Stadtparlament von der DKP-Fraktion durchgesetzt werden. So sollen Radwege verbessert und Randsteine abgesenkt werden, Angenommen wurde auch ein DKP-Antrag für Fahrradständer und überdachte Fahrradabstellplätze an zentralen Plätzen. Ein DKP-Antrag, der eine innerstädtische Buslinie vorsieht, wurde ebenfalls auf den Weg gebracht. Auch diese Maßnahme kann helfen, daß der Individualverkehr zurückgestellt wird.

Sicher können dies nur erste Schritte sein. Andere Städte sind gerade auf diesem Gebiet wesentlich weiter. Notwendig ist eine Radverkehrsförderung in großem Stil. Viele Autofahrten im Kurz- und Mittelstreckenbereich können durch Fahrradfahren ersetzt werden.

Lärm und Abgase können eingeschränkt werden. Dazu gehören dann aber über Jahre hinweg hinaus konkrete Investitionen für Radwege, Abstellplätze, Wegweiser, Fahrradkarten etc. Notwen-

dig sind fahrradfreundliche Verkehrsregelungen und Verkehrssicherheit. Heute sind einige Straßen in der Doppelstadt (z. B. die Westendstraße) nur unter Lebens-

gefahr mit dem Rad befahrbar. Wir wollen im Stadtparlament und mit dem "blickpunkt" alles tun, daß unsere Stadt ein radfahrerfreundliches Pflaster bekommt.



Allen unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir erholsame Feiertage und ein gesundes, friedliches 1992.

DKP-Mörfelden-Walldorf - "blickpunkt"-Redaktion

Die Sache mit dem kastrierten Antrag

Der
"Weißmacher"

Flughafen, Flughafen ... kein "blickpunkt" in dem nicht Neues zu berichten wäre. So auch heute. In der jüngsten Stadtverordnetenversammlung gab es eine außerordentliche DKP-Resolution gegen weitere FAG-Expansionspläne. Was macht die SPD/GBL? Sie kastriert den Antrag, macht einen "Änderungsantrag", in dem dann solche wachweichen Sätze stehen wie: "Die Stadtverordnetenversammlung geht davon aus, daß eine Erweiterung bezüglich des Air-Base-

Geländes unterbleibt." Brav. Das hätte die FAG aber beeindruckt! Die DKP zog daraufhin ihre Resolution zunächst zurück, obwohl sie wirklich notwendig gewesen wären.

Immerhin, die FAG weiß schließlich, was sie will und der stellv. FAG-Aufsichtsratsvorsitzende Schölch sagte es kürzlich den Vertretern der Stadt Mörfelden-Walldorf deutlich: "Die FAG ist Eigentümerin des Air-Base-Geländes. Dort gibt es 35 ha Wald im Süden - wir wollen nicht alles sofort roden - aber wir haben einen Anspruch darauf - es muß klar sein, daß wir das wollen!"

Das heißt im Klartext, der Flughafen rückt näher nach Walldorf, der Mini-Waldstreifen dazwischen wird weiter ausgedünnt. Die FAG spekuliert dabei auf die dortige Bundesbahn-Anbindung und will möglichst noch einen Autobahn-Anschluß haben. Bei allem geht es natürlich nicht nur um neue Frachtgebäude. Der FAG-Besucherdienstleiter Helmut Heuser (Mitglied der CDU-Fraktion im Frankfurter Römer) unterrichtete die Vertreter des Wirtschaftsrates der CDU kürzlich, was eigentlich notwendig wäre: "Eine Start- und Landebahn im Süden der bestehenden Parallelbahnen. Das wäre voll im Wald."

Na also, das sagt ein FAG-CDU-Mann, jetzt wissen wir auch, weshalb CDU-Haselbach so gegen die DKP-Flughafenresolution wettete.

Kleiner Nachsatz: Bei der Behandlung von Flughafenthemen im Stadtparlament müssen öfter SPD-Kollegen "wegen des Widerstreits von Interessen" (weil man halt dort beschäftigt ist) den Sitzungssaal verlassen. Möglicherweise hat die FAG schon eine feste Lobby in der Fraktion. Das würde manches erklären, nicht aber, daß sich die GBL in dieser Frage offenbar unterbuttern läßt.

Der Grüne Stadtrat Treber mahnte die Bürger zu mehr Sauberkeit. Gemeint ist die Pflicht der Grundstückseigentümer die Straße zu kehren. So steht es in der Satzung. Und die Keule: Wer's nicht tut, kann zur Kasse gebeten werden.

Da waren viele Bürger in Aufregung geraten. Wer läßt sich schon gern sagen, daß er unsauber ist, daß er einer Verpflichtung nicht nachkommt? Gar die "Grünen-Basis" hatte den Sauberkeits-"Oberguru" gescholten und empfohlen, doch "weniger amtlichen Sondermüll" zu produzieren.

Wer sich derartig profilieren will, wird auch mit der gleichen Elle gemessen. Kommt die Stadt denn ihrer Verpflichtung nach, ihre öffentlichen Plätze und Grünflächen sauber zu halten, die Straßen zu kehren? Ich brauche nur aus dem Fenster zu schauen und sehe, daß da vieles im argen liegt.

Der Allendeplatz wird nicht gekehrt, Sträucher wuchern über den schmalen Bürgersteig, der Weg von der Bgm.-Klingler-Str. zum Wald (Steinweg) war wochenlang durch nasses Laub gefährlich (Hundekot ist nicht nur ekelerregend, sondern auch unhygienisch), der Bahnhofsbereich ist verdreht.

Da nützt es nichts, wenn Treber sich in die Aussage flüchtet, daß "ökologische Politik in unserer Stadt nicht übersehen werden kann". Wer so hehre, hohe Ziele verfolgt, übersieht den Dreck auf dem Boden.

Wie schrieb doch der große Sohn Frankfurts J. W. v. Goethe: "Jeder kehrt vor seiner Tür und rein ist jedes Stadtquartier". Rudi Dötsch

Viele Vorschläge werden verwirklicht

Eine Reihe von DKP-Anträgen fand bei der Haushaltsdebatte eine Mehrheit. Neben Anträgen, die das Radfahren künftig attraktiver machen sollen, gab es weitere Vorschläge, die jetzt umgesetzt werden sollen.

So soll das städtische Wohnhaus Kalbgsasse/Ecke Langgasse renoviert, der Eingangsbereich im Postgebäude Walldorf behindertengerecht ausgebaut und im Bürgerhaus sollen Reparaturmaßnahmen eingeleitet werden. Angenommen wurden die Vorschläge am Sportlerheim Mörfelden eine Telefonzelle und am Bahnhof Walldorf ein Pavillon mit Toilette zu errichten. Die Schulbushaltestelle am Zillering wird ein Dach erhalten. Als Beitrag zu mehr Solidarität mit unseren ausländischen Mitbürgern wurden verschiedene Vorschläge auf den Weg gebracht. Einige Anträge scheiterten - so der Vorschlag, der CDU die Räume zu kündigen, die sie als einzige Fraktion im Walldorf-Center belegt und die den Steuerzahler in den ersten drei Jahren schon 111 000 DM kosteten.

Haben Sie schon einmal an eine Spende für den "blickpunkt" gedacht?

Solidarität ist kein leeres Wort

Öl nach Cuba!

Die Lage in Cuba ist dramatisch. Die Verbindung von US-Blockade, die seit dreißig Jahren aufrecht erhalten wird, und drastischem Rückgang des Handels mit der UdSSR und den osteuropäischen Staaten gefährdet die Versorgung der Bevölkerung. Verschärfend wirkt, daß die Bundesrepublik die Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR nicht mehr fortführt.

Die Lieferung von Energie und Rohstoffen nach Cuba ist praktisch völlig zum Erliegen gekommen. Das Gespenst einer Krise gerade auch in den Bereichen der größten cubanischen Errungenschaften zeichnet sich immer deutlicher ab. Cubas Kinder konnten sich bisher - im Gegensatz zu Millionen verlassenen, hungernenden, als lebende Organbanken ausgebeuteten Kindern in Lateinamerika - gut ernährt und medizinisch versorgt in einem allen zugänglichen Schulsystem entfalten. Das ist nun infrage gestellt. Wir verurteilen den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Das Recht des cubanischen Volkes auf eine eigene Entwicklung muß gegen ökonomische Erpressung ebenso wie gegen offene Aggression à la Grenada oder Panama verteidigt werden.

Deshalb fordern wir:

Die unverzügliche Aufhebung der US-Wirtschaftsblockade - den Abzug aller US-Truppen aus Guantánamo.

Keinerlei offene oder verdeckte Militäraktionen der USA gegen Cuba
Die weitere Erfüllung oder Fortführung der Verträge zwischen Cuba und der ehemaligen DDR durch die Bundesrepublik - statt Unterstützung der Bundesregierung für die US-Wirtschaftsblockade ihr Eintreten für deren Aufhebung in EG und UNO.

100 000 DM für Kuba

Im Rahmen der Solidaritätskampagne der Deutschen Kommunistischen Partei "Ein Tanker Öl für Kuba" sind bis Ende November 100 000 DM auf das Soli-Konto eingegangen.

Die Solidarität für das Land, das sich neuer Erpressungsversuche der USA erwehren muß, geht weiter!

Spenden auf das Solidaritätskonto der DKP: Postgiroamt Köln, Konto 253 525-502, BLZ 370 100 50, Stichwort: Ein Tanker Öl für Kuba.

Leisten wir darüberhinaus praktische Solidarität mit dem cubanischen Volk, nicht nur einmal sondern regelmäßig!

Schaffen wir eins, zwei, drei . . . viele Barrel Öl nach Cuba!

Aus einem Aufruf von Professoren, Journalisten, Medizinern und verschiedenen Solidaritätsorganisationen.

Appell gegen die Blockade Kubas

In einem dramatischen Appell haben sich 68 Abgeordnete des Europäischen Parlaments gegen die Blockade Kubas durch die USA ausgesprochen.

Der Appell hat diesen Wortlaut: "Die Kombination von US-Embargo, das seit dreißig Jahren andauert und drastischer Reduktion des Handels mit der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten hat in Kuba eine dramatische Situation geschaffen. Lebensmittel und andere Güter werden immer knapper. Die unbestreit-

baren Erfolge im Gesundheitswesen und im Bildungsbereich sind bedroht. Im Namen der Menschenrechte wird Kritik an den Mängeln der Demokratie in Kuba geübt. Aber diese Kritik erlaubt nicht - zumal nicht im Namen der Menschenrechte - ein Land wirtschaftlich zu erdrosseln. Wir haben unterschiedliche Positionen zum kubanischen Regierungssystem. Dennoch verurteilen wir gemeinsam den Versuch, eine politische Führung durch Aushungern eines Volkes zu stürzen. Die einseitige Aggression durch die Weltsupermacht kann absolut nicht zur Freiheit dieses Volkes führen. Wir fordern deshalb ein Ende der Blockade, die ein Angriff auf das Leben und die Würde des kubanischen Volkes ist."

In Mörfelden notiert . . .

Im Zuge der Dallesneugestaltung wurde in der Bahnhofstraße eine Reihe von sechs Bogenlampen installiert.

Die Hälfte davon ist inzwischen kein schöner Anblick mehr, oder völlig außer Betrieb.

Eine etwas zügigere Reparatur solcher Objekte wäre zu wünschen.

Im vielumjubelten Gewerbegebiet Ost herrscht rege Bautätigkeit. Man merkt es vor allem am Zustand der Straßen. Die sind ständig verdreckt oder werden als schlecht abgesicherte Baustofflager und ähnliches genutzt.

Die Gewerbeneuansiedlung bringt der Stadt "viel Geld" ein, sagt jedenfalls der Stadtkämmerer.

Vielleicht könnte sich dann ja auch mal jemand von Amts wegen darum kümmern, daß bestehende Mißstände beseitigt werden.

GS

Werksarzt für's Mörfelder Industriegebiet?

1973 beschloß der Bundestag (Regierung Brandt) das Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit. Ausgehend von der Tatsache, daß der erwachsene Mensch die meiste Zeit seines wachen Lebens am Arbeitsplatz verbringt, Gefahren und Belastungen ausgesetzt ist, die seine Gesundheit beeinträchtigen können, daß er mit Werkstoffen und Maschinen umgeht, die besonderen Schutz erforderlich machen, hat der Gesetzgeber mit einer Verpflichtung der Verantwortlichen Rechnung getragen. Nach einem besonderen, komplizierten Schlüssel, dem die Zahl der Beschäftigten und die Gefahr/Belastung zugrunde liegt, wird die Beschäftigung eines Betriebsarztes ermittelt.

Im Mörfelder Gewerbegebiet Ost (Industriegebiet), das in den letzten Jahren stürmisch expandierte, ist auf Grund der einzelnen Betriebsgrößen ein Betriebsarzt für einen Betrieb nicht zwingend erforderlich. Daher lautete unsere Forderung, daß die Stadt Mörfelden-Walldorf einen überbetrieblichen werksärztlichen Dienst fördern und koordinieren solle. Einen diesbezüglichen Antrag stellten wir, erläuterten ihn eingehend - doch es fand sich in den Ausschüssen keine Mehrheit. Das erscheint uns unverständlich. Wissen die Damen und Herren der Koalition (die CDU hatte sich der Stimme enthalten), um was es sich dort handelt? Ist ihnen bewußt, daß die Anforderungen am Arbeitsplatz, die Bedenklichkeit der Betriebsmittel und der Werkstoffe immer größer werden? Ist es daher nicht erforderlich, daß ein Arzt, der vor Ort, die Arbeitsabläufe beobachtend, für die Beschäftigten hilfreich und nützlich ist?

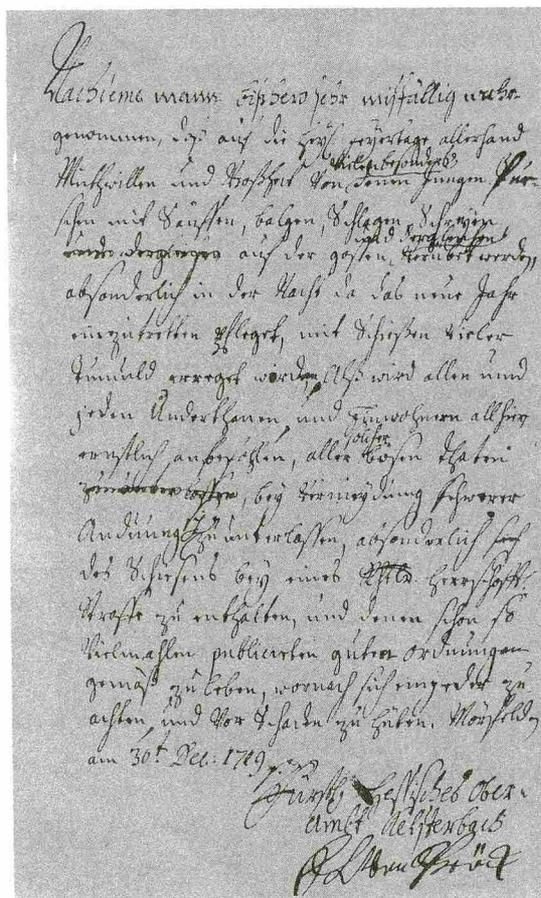
Die Welt wird in unserer Stadt nicht neu entdeckt. Solche überbetrieblichen Arztpraxen gibt es seit Jahren und die Erfahrungen damit werden

als positiv bewertet. Die Stadt kann doch nicht so tun, als ginge sie das alles nicht an. Wenn schon die Gewerbeansiedlung so enthusiastisch und erfolgreich betrieben wird (einige tausend Arbeitsplätze wurden hier geschaffen), dann ist mit dem Einkassieren der Gewerbesteuer nicht Ende der Fahnenstange. Der Stadt erwächst auch eine soziale Verantwortung.

Wir fordern doch nicht Unmögliches: Die Stadt Mörfelden-Walldorf bemüht sich bei allen zuständigen Stellen um die Einrichtung eines überbetrieblichen werksärztlichen Dienstes. Sie setzt sich mit Betriebsleitungen, den Betriebsräten, dem DGB-Ortskartell und den Berufsgenossenschaften in Verbindung, um die Installation eines werksärztlichen Dienstes zu erreichen."

Wir sind gespannt, ob die Stadtverordnetenmehrheit sich noch eines Besseren besinnt.

Böse Buben - die "Jungen Purchen" in Mörfelden



Nachdeme man bishero sehr mißfällig wahrgenommen, daß auf die Heylichen Feyertage allerhand Muthwillen und Bosheit von vielen, besondern den Jungen Purchen mit Saufen, balgen, schlagen, Schreyen, Schießen und dergleichen auf der gassen verübet worden, absonderlich in der Nacht, da das Neue Jahr einzutreten pfliget, mit Schießen vieler Tumult erregt wird. Alls wird allen und jeden Unterthanen und Einwohnern allhier ernstlich anbefohlen, aller solchen bösen Thaten bey Vermeydung schwerer Ahndung zu unterlassen, absonderlich das Schießen bey eines Rthlrs. herrschaftlicher Strafe zu enthalten und der schon so vielenmalen puplicierten guter Ordnung gemäß zu leben, wornach sich ein jeder zu achten und vor Schaden zu hüten hat.

Mörfelden den 30. Decembris 1709.

Fürstl. Hess. Oberamt Kelsterbach Unterschrift

"Seit 1989 Gebührenerhöhungen ohne Ende"

"Wir haben den Eindruck, daß es noch nie so müde zugegangen ist, wie in der Ausschuß-Sitzungs-Woche.

Oft ohne Debatte wurde so mancher Antrag abgehakt. Man fragt sich - warum ist das so?

Beginnt jetzt auch hier diese "bleierne Zeit", diese resignative Tendenz, die oft ausgeht von dem Wissen, daß wechselnde Mehrheiten eh nicht möglich sind?

Wir sollten darüber nachdenken. Wenn Demokratie funktionieren soll, dann muß man darauf achten, daß kreative Potentiale, wo sie auch sind, nicht verkümmern.

Um eine Thema herauszustellen:

Wir glauben, daß Kommunalpolitiker am Ende dieses Jahrhunderts, in einem industriellen Ballungsgebiet lebend, besonders gefordert sind. Wir sind schließlich mitverantwortlich dafür, daß unsere Kinder und Enkel morgen noch eine Umwelt vorfinden, in der man leben kann.

Hier gibt es für die Kommunalpolitiker aller Parteien wohl auch die größte Herausforderung.

Wenn wir uns die Presseverlautbarungen ansehen, dann setzt die CDU ja wohl auf die Ausweisung neuer Baugebiete. Die Begründung des entsprechenden CDU-Antrages liest sich, als hätte ihn der Chef der Berliner-Bauträger-Gesellschaft (sie baut im Industriegebiet) selbst formuliert. Wenn dann noch die Kremser-Vision eines neuen Rathauses zwischen Mörfelden und Walldorf zur offiziellen CDU-Politik gerinnt, dann weiß man - was auf uns zukommen kann. Dann würde zusammenbetoniert was nur irgendwie zusammen zu betonieren ist.

Wie sieht's bei diesem Thema bei der SPD aus?

Genau ist das noch nicht auszumachen - aber zweifellos kommt auch unser Kämmerer oft ins Schwärmen - angesichts der Entwicklungen im Gewerbegebiet. Auch der "Basismann Brehl" will "die Ideen-Ernte nicht andere überlassen". Mal sehen was hier noch so herauskommt in den nächsten Monaten. Vermutlich wird die SPD ihre alte Position verlassen und nun auch "zusammenwachsen lassen". Nun kann man - bei den heutigen Grundstückspreisen - mit der Forderung nach neuen Baugebieten - kommunalpolitisch Punkte machen. Aber dazu gehören ja doch noch ein paar andere Überlegun-

gen. Wir meinen jedenfalls - man darf die Industrieansiedlungswelle nicht nur euphorisch sehen. Wer mit eng gestelltem Blick nur die momentanen Auswirkungen auf die Stadtkasse sieht - dem fällt es schwer, über Folgekosten und Belastungsgrenzen zu reden. Es ist schließlich nicht nur der Lärm und Dreck vom Flughafen, der uns alle bedrückt - hinzu kommen die allgemeinen Tendenzen: der Wald schrumpft, Lärm, Beton, Verkehr schwellen an. Siedlungsdruck nimmt zu - Flächen werden versiegelt, die Probleme der Ent- und Versorgung wachsen.

Wenn wir von ökologischen Belastungsgrenzen sprechen, dann sollten wir ein zweites Thema anfügen: die sozialen Belastungsgrenzen.

Natürlich kann man sich's hier leicht machen. Sagt doch der erste Stadtrat gern: "Es haben sich nur ganz wenige über die Abwassergebühr beschwert." In Wirklichkeit ist das kein Argument, sondern nur ein Beleg dafür, wie sehr sich der Sozialdemokrat Vorndran von sozialdemokratischen sozialen Grundhaltungen gelöst hat.

Wie läuft das denn in unserer Stadt?

Seit 1989, mit grüner Zustimmung, Gebührenerhöhungen ohne Ende! Die "Kennelsteuer", das "Wassergeld", Abwasser, Müll. Demnächst auch noch die Kindergartenbeiträge? Der Vorndran'sche Versuchsballon in der Haushalts-Einbringungsrede war jedenfalls für alle sichtbar.

Wir meinen, man muß hier nicht immer wieder die Gründe unserer Ablehnung wiederholen. Aber Sozialdemokraten und Grüne lesen doch genau wie wir die Armutsberichte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, die Erklärungen des DGB. Auf der einen Seite verschwenderischer Luxus - auf der anderen Seite immer mehr Armut. Die Zweidrittelgesellschaft wird immer konkreter. Und das alles macht um unsere Stadt keinen Bogen. Auch hier gibt es viele die "den Pfennig zweimal herumdrehen" ehe er ausgegeben wird.

Einige tragen Gebührenerhöhungen - im Gegensatz zu früheren Jahren - wie selbstverständlich mit - sie werden sogar - wie Kollege Schwappacher in der letzten Stadtverordnetensitzung - zu glühenden Verteidigern dieser Vorhaben.

Gefesselt in der Koalition ist es für die GBL offenbar außerordentlich schwierig, sich hier ein wenig freizuschwimmen. Ob das grüne Wählerklientel allerdings mit dem staatstragenden Anspruch der Kollegen Schwappacher und Treber auf Dauer einverstanden sein wird - ist nicht unser Thema.

Zum Schluß noch ein paar Bemerkungen zu einigen Anträgen der DKP-Fraktion:

Zunächst zum Dauerbrenner "Fraktionsräume für die CDU".

Für die, die es nicht mehr wissen: Diese ganze unappetitliche Sache ist eine schwarz-grüne Altlast aus dem Jahre 1987. Damals war es noch beliebte Praxis der CDU/GBL-Mehrheit, der SPD ans Bein zu pinkeln. Man könnte über diese Episode hinwegsehen. Aber heute - bei anderen Mehrheitsverhältnissen - gibt es bei der GBL leider immer noch keinen Mut zur Selbstkritik und Korrektur. Und so erhält dann eine Fraktion mit dem "C" im Namen - allein in den ersten drei Jahren 111.000,- Mark aus der Steuerkasse - und sie schämt sich noch nicht einmal dafür. Das ist für viele Leute unvorstellbar. Es ist aber genau so unvorstellbar - daß man unserem Antrag nicht folgt und diese Subventionierung von CDU-Politik aus der Stadtkasse stoppt. . . ."

Kurz notiert

Warum schweigt Brehl?

Die "Aktionsgemeinschaft Mörfelden-Walldorf gegen den Ausbau der Schnellbahnstrecke" schrieb dem Bürgermeister am 20. April 1991 und am 29. Oktober 1991 und bat um finanzielle Unterstützung für ein Gutachten (Das Gutachten, mit dem die Verhandlungsposition der Kommune wesentlich verbessert werden könnte, kostet 40 000,- DM). Brehl früher: "Die Stadt gibt die Hälfte dazu." Die AGS hat mittlerweile das Geld aufgebracht. Bei Brehl herrscht allerdings seit Monaten Funkstille. Also - die feine Art ist das gerade nicht.

Ein Wunder ist passiert . . .

Vor etwas mehr als zwei Jahren ist in der BRD ein Wunder passiert. Fast über Nacht wurde unser Land zu einem demokratischen Musterland mit makellosen Politikern, zu einem Hort sozialer Gerechtigkeit, zu einem Land mit einer fehlerlosen Justiz und einem fabelhaften Umweltschutz. Diesen Eindruck kann man jedenfalls bekommen, wenn man die Massenmedien betrachtet. Vormalig kritische Fernsehmagazine wie "Monitor", "Panorama", "Kontraste" oder "InSachenNatur" und ein großer Teil der Presse widmen sich seit diesem Zeitpunkt fast nur noch der Aufdeckung von Skandalen in der ehemaligen DDR.

Viele Enthüllungen beruhen einfach darauf, daß die DDR nicht die BRD war und dort DDR-Recht und nicht BRD-Recht galt. Man könnte auch enthüllen: Die früheren DDR-Bürger hatten Pässe und Ausweise, die nicht von BRD-Behörden ausgestellt, also gefälscht waren. Sie haben mit Geld bezahlt, das nicht von der Bundesbank ausgegeben und damit Falschgeld war. Sie haben keine Steuern an BRD-Finanzämter gezahlt und mußten deswegen alle wegen Steuerhinterziehung verknackt werden. Die Gebäude wurden ohne Genehmigung nach BRD-Recht gebaut und sind deswegen abzureißende Schwarzbauten. Auf den Straßen hat niemand die bundesdeutsche Straßenverkehrsordnung beachtet, also gab es dort nur Verkehrssünder.

Diese Beispiele zeigen, daß die nachträgliche Übertragung von BRD-Recht auf die DDR ganz einfach nicht geht. Wenn sie in einigen Fällen (Mauerschützen, Spionagechefs...) versucht wird, führt sie zur Willkür, denn es trifft nur wenige der vielen, die darin verwickelt waren. Die BRD ist durch die Einverleibung der DDR um keinen Deut besser geworden, im Gegenteil. Es gibt korrupte, macht- und geldgierige Politiker, es gibt Unternehmer, die Betriebe platt machen, wenn es ihrem Profit dient, es gibt Umweltzerstörung, es gibt Armut. Vielleicht gibt es bald auch wieder kritische Journalisten, die ihre Augen hier in der alten BRD aufmachen.

(Aus: "Gießener Echo")



Als wir noch die Wahl hatten...

Wissen sie noch - vor einem Jahr? Da trafen wir mitten ins Schwarze. Wieso? Na, am 2. Dezember wählten wir doch den Helmut. Was? Sie nicht? Wie immer: Keiner will's gewesen sein. Dabei gibt es diesmal allen Grund, stolz zu sein. So einen großen Kanzler hatte Deutschland noch nie. Nach dem aus dem vorigen Jahrhundert benannte man nur Heringe, und die sind ganz schön sauer. Nun überlegen sie mal, was alles die Ehre unseres Saumagenspezialisten in die Welt trägt. Die Kohlmeise ist da noch das geringste. Denken sie nur an Kohlrabe, -rabi, -kopf und -rübe. Gut,

mit Kohlhernie ist man ein bißchen zu weit gegangen. Aber wonach streben wir, bis uns schwarz vor Augen wird: Kohl-e.

Und dann der Kohlweißling so grazil, ganz der Augenaufschlag unseres Kanzlers. Die Raupen des Falters sollen jetzt übrigens Breueler genannt werden, weil sie so fleißig wie die Birgit sind. Haben sie mal ein Feld gesehen, wo die Raupen gehaust haben: wie ein Betrieb nach einer Treuhandsanierung.

Nix gegen Helmut. Schließlich ist eingetreten, was er auf allen Wahlplakaten versprochen hatte. Freiheit ist nun wirklich genug da - gehen Sie doch mal rüber - wieviel sind da jetzt frei von Arbeit . . .

Wir haben nicht eine Regierung gestürzt, die uns betrogen hat, um uns neuen Betrügnern auszusetzen."

Ein Demonstrationsredner der Stahlwerker von Brandenburg und Berlin vor dem Potsdamer Landtag.

Als man es aufschlug rief das Ei: Endlich frei! Dann fiel's in die Pfanne.

Vorbei.

Limericks aus dem Osten

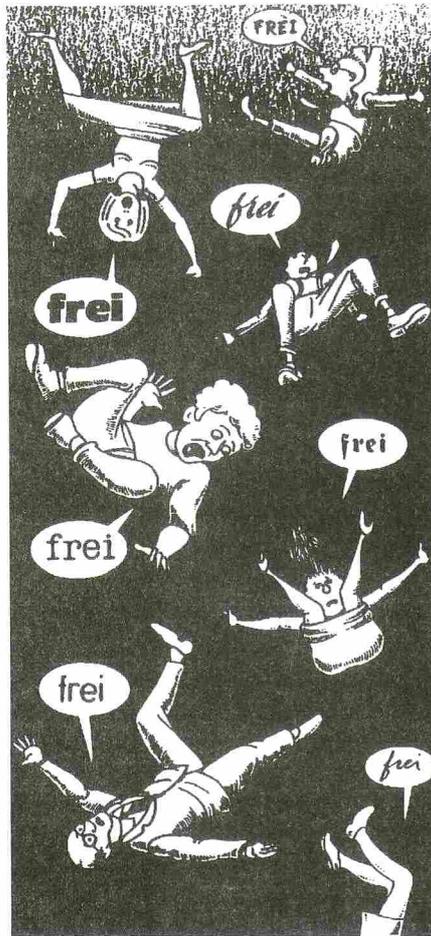
Ein Bürger aus Köthen
ist arg in Nöten.
Links sagt ihm nicht zu,
er wählte CDU.
Nun will er sich töten.

Zwei Bürger, zwei Halloren
die liebten große Ohren.
Und wählten FDP.
Nun könn' sie mit dem Zeh
sich in der Nase bohren.

Ein Bürger aus Bornum
der bog sich nicht erst krumm:
"Ich wähle SPD
da tu ich keinem weh."
Heut fragt er sich, warum.

Ein Bürger aus Grünheid
der dacht', er wär' gescheit,
hat fortschrittlich beseelt
die PDS gewählt.
Jetzt hört er nur von Streit.

Ein Händler aus Westberlin
stand kurz vor dem Ruin.
Er war ganz schön sauer,
doch dann fiel die Mauer.
Jetzt baut er ein Haus im Tessin.



Jede Mark hilft dem
"blickpunkt"!

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553

Schnell lernfähig

Boris Jelzin besuchte nicht zum ersten Mal die Bundesrepublik (FR vom 19. 11. 1991: "Bonn bietet Jelzin die Hand" und "Rußland will Honecker rasch ausweisen"). 1986 entbot er dem Parteitag der DKP in Hamburg die Grüße "von Millionen Kommunisten des Landes Lenins, des ersten Landes des Sozialismus in der Geschichte".

Das dort herrschende System beschrieb er mit den Worten: "Durch die Kraft des Beispiels beweist der Sozialismus seine Überlegenheit über die Gesellschaft, die sich auf die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gründet und wird es auch künftig beweisen."

Durchaus schnell lernfähig ist also der Genosse Jelzin und das nicht nur in diesem Punkt. Damals überbrachte er nämlich als Gastgeschenk eine Ernst-Thälmann-Büste, um Ernst Thälmann als "Verkörperung der grenzenlosen Treue zu den revolutionären Bestrebungen des Proletariats" zu ehren.

Diesmal ist ihm ein anderer Kommunistenführer als Gastgeschenk lieber, und nicht nur als Büste, sondern ganz und lebendig, und nicht zum Ausstellen, sondern zum Einsperren als Verkörperung der grenzenlosen Treue Boris Jelzins zu seinen Idealen.

Manfred Coppik, Offenbach
(Aus: FR, 27-11-91)

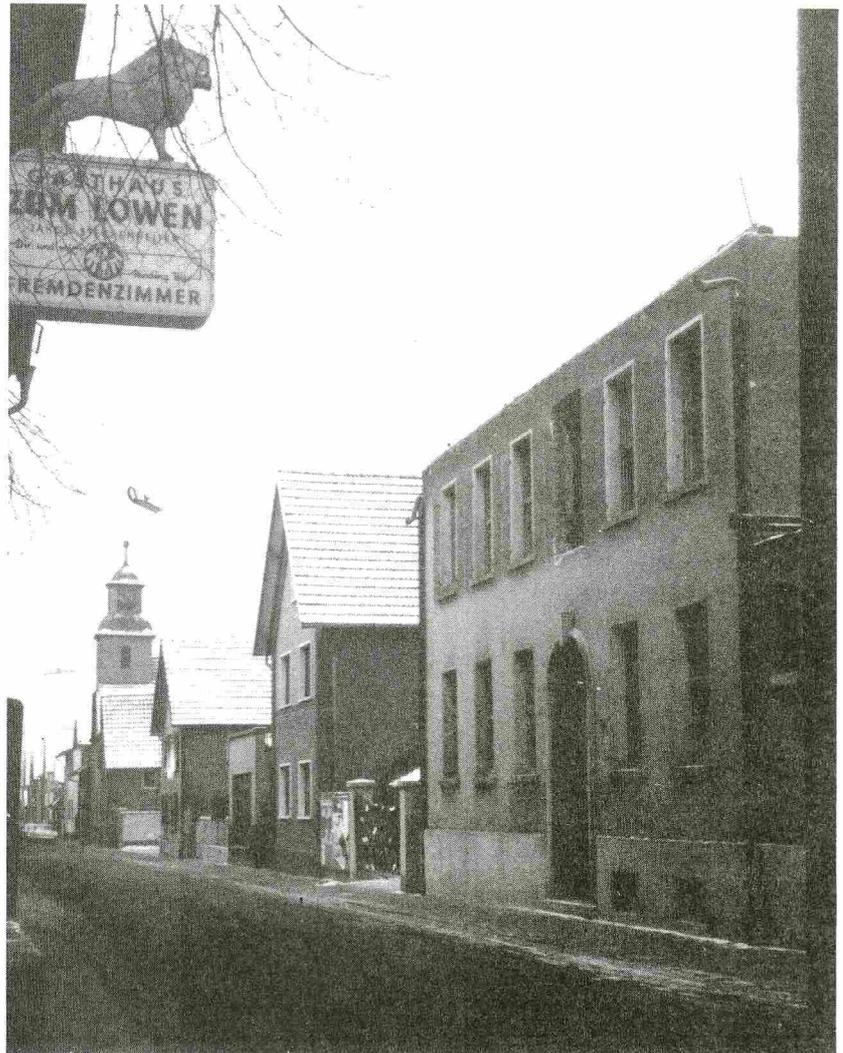


Stadtgeschichten



Unser Foto entstand im Winter 1965/66 und zeigt die ehemalige Walldorfer Bürgermeisterei während des Abbruches. Früher diente dieses Gebäude als Schule mit Hausmeisterwohnung. Es wurde uns sogar berichtet, daß zeitweilig sich Rathaus und Schule unter einem Dach befanden.

So ändern sich die Zeiten. Auch in Walldorf mußte schon manches Gebäude, wie auch dieses, für Parkplätze weichen. Ein alter Walldorfer meinte, "das war noch eine gute Bausubstanz und hätte nicht abgerissen werden dürfen."



ERICH KÄSTNER

Dem Revolutionär Jesus zum Geburtstag

Zweitausend Jahre sind es fast,
seit du die Welt verlassen hast,
du Opferlamm des Lebens!
Du gabst den Armen ihren Gott.
Du littest durch der Reichen Spott.
Du tatest es vergebens!

Du sahst Gewalt und Polizei.
Du wolltest alle Menschen frei
und Frieden auf der Erden.
Du wußtest, wie das Elend tut
und wolltest allen Menschen gut,
damit es schöner werde!

Du warst ein Revolutionär
und machtest dir das Leben schwer
mit Schiebern und Gelehrten.
Du hast die Freiheit stets beschützt
und doch den Menschen nichts genützt.
Du kamst an die Verkehrten!

Du kämpftest tapfer gegen sie
und gegen Staat und Industrie
und die gesamte Meute.
Bis man an dir, weil nichts verding,
Justizmord, kurzerhand, beging.
Es war genau wie heute.

Die Menschen wurden nicht gescheit.
Am wenigsten die Christenheit,
trotz allem Händefalten.
Du hattest sie vergeblich lieb.
Du starbst umsonst. Und alles blieb
beim alten.

**Jede Spende
hilft dem
»blickpunkt« !**

Unser Konto:

Kreissparkasse Groß-Gerau,
Konto-Nr.9003419,
BLZ 50852553